

HANNOVER

KLARTEXT

2. Ausgabe · März 2026 · CDU Hannover

Top-Themen:

Energiewende im Fokus –
Wohin steuert Hannover?

Unser Kandidat für das Amt des
Regionspräsidenten stellt sich vor:

Professor Dr. Oliver Junk

Handyverbot an Schulen?
Eine Schule zeigt, wie es geht.

Liebe Leserinnen und Leser,

es gibt Situationen, in denen man nicht zur Tagesordnung übergehen kann. Wenn es um den Schutz von Kindern geht, gehört eine solche Situation dazu. Wenn Hinweise vorliegen, Regeln existieren und dennoch über Monate keine wirksamen Maßnahmen greifen, dann ist das kein Randthema – sondern ein politischer Ernstfall.

Der Fall des sogenannten „Huckepack-Manns“ im Umfeld der Integrierten Gesamtschule Roderbruch steht exemplarisch dafür. Nach übereinstimmender Berichterstattung handelt es sich um einen einschlägig vorbestraften Mann, der wiederholt durch sexuell motivierte Annäherungen an Kinder aufgefallen ist und den Sicherheitsbehörden bekannt war. Über einen längeren Zeitraum gab es Hinweise auf ein gefährliches Verhalten. Die Schule hat gemeldet, Hinweise wurden weitergegeben und auf unterschiedlichen Ebenen zur Kenntnis genommen. Die Zuständigkeiten zwischen Schule, Polizei, Schulaufsicht und der Stadt als Schulträger waren durch verbindliche

Regelungen und bestehende gesetzliche Aufgabenverteilungen grundsätzlich festgelegt. Und dennoch verging fast ein Jahr, bis im Januar 2026 durch die Landeshauptstadt Hannover ein stadtweites Hausverbot ausgesprochen wurde.

Das ist nicht akzeptabel. Ein System, das Kinder schützen soll, darf in einer solchen Lage nicht erst nach Monaten wirksam werden.

Dabei geht es ausdrücklich nicht um Schuldzuweisungen. Es geht um Verantwortung – und um die Frage, warum ein System nicht funktioniert hat, obwohl die Instrumente vorhanden waren. Für genau solche Gefährdungslagen gibt es klare Regelungen, die sicherstellen sollen, dass Informationen fließen, Schulen handlungsfähig sind und Verantwortung nicht zwischen Institutionen verloren geht. Dabei ist klar: Der Schutz personenbezogener Daten ist wichtig – er darf aber nicht dazu führen, dass notwendige Schutzmaßnahmen für Kinder verzögert oder verhindert werden. Wenn diese Regelungen



im Ernstfall ihre Schutzwirkung nicht entfalten, dann ist das ein ernstes Alarmsignal.

Eines ist klar: Vor Ort wurde hingeschaut, nicht weggesehen. Dass dennoch über einen so langen Zeitraum keine wirksamen Schutzmaßnahmen getroffen haben, zwingt zu unbequemen Fragen. Wurden bestehende Zuständigkeiten nicht eingehalten? Haben Abläufe formal existiert, in der Praxis aber nicht gegriffen? Oder ist Verantwortung zwischen Polizei, Verwaltung und Aufsicht stecken geblieben? Welche Antwort auch immer zutrifft – keine davon ist beruhigend.

Genau deshalb haben wir als CDU im Landtag eine Kleine Anfrage gestellt. Nicht, um jemanden an den Pranger zu stellen, sondern

um Abläufe transparent zu machen, Verantwortung nachvollziehbar zu klären und Konsequenzen einzufordern. **Kinderschutz braucht keine Beschwichtigungen. Er braucht Verlässlichkeit.** Und Systeme, die dann funktionieren, wenn es darauf ankommt – nicht erst im Rückblick.

Diese KLARTEXT-Ausgabe greift viele Themen auf, die Hannover aktuell bewegen. Der Fall Roderbruch steht dabei bewusst am Anfang. Weil er zeigt, worauf es ankommt: dass unser Gemeinwesen im Ernstfall funktioniert. Daran lassen wir uns messen.

Ihre

Martina Machulla, MdL
Kreisvorsitzende

Unser Kandidat für das Amt
des Regionspräsidenten:
Professor Dr. Oliver Junk



**„Warum ein vermeintlicher Bayer
Präsident in Hannover werden
will“, „Nördlichster Botschafter
der bayerischen CSU: Die Region
bekommt eine echte Wahl“ –**
so oder ähnlich lauteten in
den vergangenen Tagen
Presseschlagzeilen in Hannover.

von Oliver Junk

Ganz ohne Medienschelte: Ein kleines Missverständnis muss ich korrigieren. Ich bin weder Bayer noch CSU-Mitglied. Deshalb eine kurze persönliche Vorstellung: Ich bin mit meiner Frau Bettina verheiratet. Gemeinsam haben wir vier Töchter im Alter zwischen 11 und 18 Jahren – Lisa, Ida, Inga und Lotta. Seit 2011 lebt unsere Familie in Goslar.

**Woher kommen also diese
Schlagzeilen?**

Nach Schulzeit und Bundeswehr in Mittelhessen (Landkreis Marburg-Biedenkopf) habe ich 15 Jahre in Bayreuth studiert und gelebt. In dieser Zeit war ich engagiert in der Jungen Union und der CSU. Mit meiner Wahl

zum Oberbürgermeister in Goslar sind wir nach Niedersachsen gezogen – und hier längst zu Hause. Wer so lange zwischen Hessen, Bayern und Niedersachsen pendelt, lernt vor allem eines: **Gute Politik ist möglich und funktioniert überall nach denselben Prinzipien.**

Das Ehrenamt ist für mich keine Nebensache. Seit 2014 bin ich Präsident des Harzklubs, eines Naturschutz-, Brauchtums- und Wandervereins mit über 11.000 Mitgliedern – übrigens auch mit einem Zweigverein in Hannover. Präsident bin ich also schon, sogar ein bisschen in Hannover.

Ich bin Familienmensch durch und durch. Jeden Tag erlebe ich, was gute Schulen, sichere Wege, funktionierende Mobilität, eine saubere Umwelt und eine leistungsfähige Verwaltung für Familien bedeuten. Und ich sehe auch, was es für berufstätige Eltern heißt, wenn bei jeder Hitzewelle oder bei ein paar Schneeflocken Unterricht ausfällt. **Familien brauchen Verlässlichkeit – nicht nur im Wetterbericht.**

Die CDU in der Region Hannover hat mich mit großer Unterstützung als Kandidaten für das Amt des Regionspräsidenten nominiert. Die spannenden Themen und das enorme Potenzial dieser Region motivieren mich sehr. Mit vielen regionalen Fragestellungen habe ich mich bereits intensiv beschäftigt, unter anderem durch die Beratung der CDU-Regionsfraktion in kommunalrechtlichen Fragen.



Was bringe ich außer Engagement und Motivation mit? In meinen 50 Lebensjahren habe ich viel gelernt – nicht nur in Schule und Studium in Bayreuth. Als ehrenamtliches Stadtratsmitglied in Bayreuth, als Oberbürgermeister in Goslar und in meiner Arbeit an der Hochschule Harz habe

Welche Ziele habe ich? Derzeit erarbeite ich das Wahlprogramm.

Erste Leitgedanken sind:

1. Ich möchte die Region Hannover zur Ehrenamtsregion Nr. 1 in Deutschland machen.
2. Verwaltung „näher am Menschen“
3. Mehr Wirtschaft und mehr Arbeit ist kein Leitbild, sondern ein Handlungsauftrag für den Regionspräsidenten.
4. Baurambo mit sozialem Kompass: Wohnen ist eine wichtige soziale Frage
5. Klare Kante bei Sicherheit, Nähe in der Gesundheit
6. ÖPNV ist Infrastruktur, keine Ideologie
7. Region als starke Bildungsregion weiterentwickeln



Ein toller Kandidat, kompetent und sympathisch und mit 98,5 % offiziell von der CDU-Mitgliederversammlung der Region Hannover bestätigt.

ich Verwaltung aus ganz unterschiedlichen Perspektiven kennengelernt. Diese Erfahrungen möchte ich für die Region Hannover nutzen.

Seit vier Jahren arbeite ich als Professor für Kommunalrecht an der Hochschule Harz. Dort beschäftige ich mich wissenschaftlich mit kommunalen Verwaltungen: in Fachbeiträgen, Lehrbüchern, Abschlussarbeiten und Praxisprojekten. Vier Jahre habe ich über Verwaltung nachgedacht und Handlungsempfehlungen entwickelt. Jetzt möchte ich wieder selbst anpacken.

„Wissen schafft Erkenntnis – Politik schafft Veränderung. Ich möchte gestalten. Ich bin und bleibe Kommunalpraktiker.“

Ich lade Sie herzlich ein, Ihre Ideen und Anregungen für die Region Hannover einzubringen. Die Region kann mehr. Schreiben Sie mir gern: region@oliver-junk.de

Noch nie standen die Chancen so gut, dass die CDU die Regionswahl gewinnt. Ich werde meine ganze Kraft, meinen Fleiß und meine Leidenschaft in diesen Wahlkampf investieren – und danke Ihnen schon heute für Ihre Unterstützung.

Ich Präsident für die Region Hannover

Oliver Junk

Energiewende in Hannover: Mit Vernunft statt Überforderung

von Helmut Jantos

Gerade in diesem Winter wird deutlich, was Energiepolitik konkret bedeutet. Wenn die Temperaturen fallen, steigt der Verbrauch. Viele Haushalte warten noch auf ihre Abrechnungen und ahnen bereits, dass Belastungen weiter zunehmen könnten.

Versorgung. Bezahlbarkeit. Augenmaß.

In solchen Momenten geht es nicht um abstrakte Klimaziele, sondern um ganz praktische Fragen. Wie sicher ist unsere Versorgung? Wie bezahlbar bleibt Heizen für Familien, Mieter, Eigentümer und Betriebe? Und werden Entscheidungen mit Augenmaß getroffen?

Im Zentrum steht dabei energcity. Als kommunales Unternehmen trägt es Verantwortung für die Energieversorgung unserer Stadt. Diese Aufgabe gehört zur **Daseinsvorsorge**. Sie muss

zuverlässig funktionieren und langfristig bezahlbar bleiben. Gleichzeitig verfolgt Hannover besonders ehrgeizige Klimaziele und will schneller klimaneutral werden als viele andere Städte. Auch energcity hat sich sehr ambitionierte Zeitpläne gesetzt.

Klimaschutz ist wichtig. Aber je schneller und radikaler der Umbau erfolgt, desto höher werden Investitionsdruck und Kostenrisiken. Netze werden ausgebaut, neue Wärmequellen geplant, bestehende Strukturen infrage gestellt. Gleichzeitig warnen Experten bundesweit vor Engpässen bei gesicherter Kraftwerksleistung in den kommenden Jahren.

Versorgungssicherheit darf deshalb nicht zur Hoffungs-sache werden.

Hinzu kommt eine ordnungspolitische Frage. Energieinfrastruktur ist öffentliche Aufgabe. Wettbewerb und Hand-

werk gehören aber ebenso zu unserer sozialen Marktwirtschaft. Wenn ein kommunales Unternehmen seine Geschäftsfelder immer weiter ausdehnt und selbst Solaranlagen und Wärmepumpen inklusive Installation anbietet, entsteht ein direkter Wettbewerb mit lokalen Betrieben. Hier braucht es klare Grenzen und faire Rahmenbedingungen.

Auch bei den Kosten ist Transparenz entscheidend. Als Netzbetreiber beeinflusst energcity einen erheblichen Teil der Strom- und Gaskosten über die Netzentgelte. Diese bleiben hoch, auch wenn man den Anbieter wechselt. Umso wichtiger ist wirtschaftliches Handeln. Wenn Netzentgelte überdurchschnittlich steigen, betrifft das jeden Haushalt und jedes Unternehmen in Hannover.

Fehlentscheidungen in der Infrastruktur wirken über Jahrzehnte. Sie lassen sich nicht von heute auf morgen korrigieren. Deshalb braucht Energiepolitik Weitsicht, wirtschaftliche Vernunft und ein klares Bekenntnis zur Versorgungssicherheit.

Die CDU steht für eine Wärmewende mit Augenmaß.

Klimaschutz ja, aber bezahlbar, technologieoffen und ohne ideologische Scheuklappen.

Vor diesem Hintergrund ist auch der Ratsbeschluss zum Neueinbauverbot von Gasheizungen zu bewerten.



CDU kritisiert Grüne und SPD für Neueinbauverbot von Gasheizungen

von Maximilian Oppelt, Ratsherr der CDU-Fraktion

Seit Juli 2025 gilt ein grundsätzliches Neueinbauverbot von Gasheizungen in weiten Teilen von Hannover. Der mit grün-roter Mehrheit vom Rat beschlossene Heizungsmurks kommt dabei keineswegs überraschend.

„Das Neueinbauverbot ist der direkte Ausfluss der von Oberbürgermeister Onay, den Grünen und der SPD betriebenen Kommunalen Wärmeplanung und ihrer Rechtsfolgen“;

sagt unser umweltpolitischer Sprecher Maximilian Oppelt. „Wir haben als CDU in den politischen Gremien der Landeshauptstadt über Monate hinweg immer wieder genau vor diesem Heizhammer gewarnt und in der Ratsversammlung deshalb auch

gegen die Kommunale Wärmeplanung gestimmt.“

Die Kommunale Wärmeplanung wurde bei einer auf Antrag der CDU-Ratsfraktion durchgeführten Anhörung von verschiedenen Verbänden massiv kritisiert. Dennoch hat die Stadtverwaltung **eine Zwangsplanung mit der Brechstange** gegen den Rat der Expertinnen und Experten und gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger durchgesetzt. Zusammen mit den kürzlich angekündigten, drastischen Preissteigerungen des städtischen Energieversorgers bei der Fernwärme ergibt sich ein klares Bild: Die grün-rote Stadtspitze betreibt eine ideologische Politik der Zwänge und Bevormundungen. Bezahlen müssen den gescheiterten Plan jetzt die Menschen in Hannover.

„Jetzt müssen Oberbürgermeister Onay (Grüne) und Dezernentin Ritschel

(Grüne) Verantwortung für ihren Heizungsmurks und das entstandene Chaos übernehmen“, fordert Oppelt. „Ich erwarte, dass die Stadtspitze alle betroffenen Haushalte anschreibt, und über die Rechtswirkungen des Rats-

beschlusses informiert. Die CDU-Ratsfraktion wird auch in Zukunft dafür einstehen, dass den Menschen in unserer Stadt bei der Wärmeversorgung auch in Zukunft echte Wahlmöglichkeiten erhalten bleiben.“



Stromausfall in Berlin – wie ist Hannover auf so einen Notfall vorbereitet?

Fotos: THW/Daniel Hofmann

von Henrike Lau

Fünf Tage ohne Strom, Heizung und warmes Wasser, und das mitten im Winter. Für etwa 20.000 Haushalte und mehrere hundert Betriebe in Berlin war das Anfang dieses Jahres **kein Albtraum, sondern bittere Realität**. Grund für diesen weitreichenden Stromausfall war ein mutmaßlich linksextremistischer Anschlag auf ein zentrales Stromkabel.

Neben Mitgefühl für die betroffenen Menschen löst dieser Vorfall Sorgen aus, auch bei der CDU-Fraktion im Rat: „Verwaltung und Netzbetreiber müssen für einen derartigen Fall gewappnet sein und unverzüglich reagieren können.“, fordert Maximilian Oppelt, Sprecher der Fraktion im Ausschuss für Umweltschutz, Klimaschutz und Grünflächen.

KLARTEXT hat sich umgehört: Wie sicher ist die Stromversorgung in Hannover? Und wer hilft im Notfall?

Jochen Vennemann, Pressesprecher bei enercity, ist von der Robustheit des Stromnetzes in Hannover überzeugt: **„Aufgrund der industriellen Prägung der Region ist das Netz von Beginn an auf höchste Zuverlässigkeit ausgelegt**. Unser Hochspannungsnetz übertrifft in vielen Bereichen sogar den n 1 Standard und gewährleistet damit einen stabilen Betrieb selbst bei Ausfällen einzelner Leitungen oder Transformatoren.“

Doch auch so ein leistungsfähiges Netz sei nicht vollständig vor terroristischen Anschlägen geschützt. Daher überprüfe enercity fortlaufend die

Netzinfrastuktur anhand aktueller Gefährdungslagen, führe Stresstests durch und lasse die Erkenntnisse in den Netzausbau einfließen. Gleichzeitig treibe enercity die Digitalisierung voran, um die Netze künftig noch besser überwachen und im Ernstfall noch schneller reagieren zu können.

Der lokale Stromversorger setzt wo immer möglich auf unterirdische Leitungsführung und verstärkt kontinuierlich seine Sicherheitsmaßnahmen, auch auf Grundlage der Erfahrungen anderer Netzbetreiber (wie Stromnetz Berlin) und den zuständigen Behörden. „Und für außergewöhnliche Störfälle stehen stets Notstromaggregate bereit“, beruhigt Vennemann.

Auch das Technische Hilfswerk (THW) sei mit seinen unterschiedlichen Einheiten und einer Fülle an Spezialtechnik für verschiedenste Einsatzszenarien bestens vorbereitet, sagt Pierre Graser vom THW Hannover/Langenhagen. Die Möglichkeiten der Hilfeleistung sind vielfältig: So kann Strom in Gebäude eingespeist, Notunterkünfte wie in Berlin, Wärme-

stuben und Trinkwasserausgabestellen errichtet und betrieben werden.

Die Einsatzfähigkeit des THW in Deutschland sei jederzeit vollständig gewährleistet, so Graser. „Wenn das THW Hilfsgüter wie Notstromerzeuger in andere Länder liefert, dann stammen diese nicht aus der eigenen Einsatzausstattung, sondern werden speziell für diese Lieferungen beschafft.“ Wenn wir anderen Ländern helfen, schmälert das also nicht die Einsatzfähigkeit des THW bei uns vor Ort.

Auch wenn Stromversorger und THW in Hannover gut auf das unwahrscheinliche Szenario eines Stromausfalls wie in Berlin vorbereitet sind: **Jeder sollte selbst für den Ernstfall vorsorgen**.

Wie das geht, erläutert das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe auf seiner Internetseite: www.bbk.bund.de/DE/Warnung-Vorsorge/Vorsorge/vorsorge_node.html

Dort können Sie auch die Broschüre bestellen „Vorsorgen für Krisen und Katastrophen“.



Gescheiterte Zisterne in der Prinzenstraße **CDU setzt externe Untersuchung durch!**

von Maximilian Oppelt, Ratsherr der CDU-Fraktion

Aus dem grünen Prestigeprojekt in der Prinzenstraße wurde ein handfestes Desaster. **Ein Millionenschaden für die Steuerzahler.** Massive Schäden an den Gebäuden der Eigentümer.

Viele Fragen sind offen. Die Stadtspitze duckt sich weg. Wir haben deshalb nun eine unabhängige, externe Untersuchung durchgesetzt. Diese wurde im zuständigen Ratsausschuss auf CDU-Initiative hin und durch einen gemeinsamen Antrag der CDU, der SPD und der FDP gegen die Stimmen der Grünen beschlossen.

“Wer sich wie Oberbürgermeister Onay mit dem grünen Prestigeprojekt im Vorfeld des Baus schmückt, muss dann auch Verantwortung übernehmen, wenn das Projekt krachend scheitert und ein Millionenschaden entsteht. Tatsächlich wollte die Stadtspitze aber achselzuckend zur Tagesordnung übergehen. Das machen wir nicht mit”, erklärt Maximilian Oppelt, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

Angesichts der finanziellen Verluste, der baulichen Schäden und des berechtigten Interesses der Geschädigten ist **eine externe Aufarbeitung notwendig.** Es geht darum, den Ablauf objektiv zu rekonstruieren, Verantwortlichkeiten transparent zu machen und sicherzustellen, dass Großprojekte zukünftig professionell geplant und gesteuert werden.



Maximilian Oppelt



Innenstadt braucht Erreichbarkeit – für alle

von CDU Hannover-Mitte

Die Zukunft der hannoverschen Innenstadt entscheidet sich nicht an einzelnen Gestaltungsmaßnahmen, sondern an einer grundsätzlichen Frage: **Bleibt die Innenstadt für alle erreichbar?**



Karmarschstraße: Die CDU-Bezirksratsfraktion Hannover-Mitte lehnt die geplante Teilspernung ab, weil Anlieger, Handel sowie Kundinnen, Kunden und Besucher auf die direkte Anfahbarkeit angewiesen sind, damit die Innenstadt dort ihre Funktion behält.

Ankündigungen, sie weitgehend autofrei zu machen, haben viele Menschen verunsichert. Für manche ist dies inzwischen ein Grund, die Innenstadt ganz zu meiden.

„Allein auf Parkhäuser zu setzen, ist keine Lösung. Menschen mit Einschränkungen sowie Besucherinnen und Besucher von Arztpraxen müssen Ziele direkt anfahren können – auch mit dem Taxi oder Fahrdiensten wie Uber – und die Möglichkeit haben, in unmittelbarer Nähe kurz zu halten sowie ein- und auszusteigen“, sagt Bezirksratsherr Frank Stephan Laske. **„Erreichbarkeit zu beschränken oder zeitlich einzugrenzen, wird diesen Menschen nicht gerecht.“**

Die CDU-Bezirksratsfraktion Hannover-Mitte sucht deshalb bewusst den direkten Austausch vor Ort. Stadtentwicklung muss sich an den tatsächlichen Bedürfnissen orientieren und darf nicht an der Lebensrealität vorbeigehen.

Das zeigt sich auch am Beispiel der Karmarschstraße. „Die CDU-Bezirksratsfraktion Hannover-Mitte lehnt die geplante Teilspernung ab“, erklärt Bezirksratsherr und Fraktionsvorsitzender Martin Hoffmann. **„Anlieger, Handel, Kundinnen und Kunden sowie Besucherinnen und Besucher sind auf eine unmittelbare Anfahbarkeit angewiesen,** damit die Innenstadt dort ihre Funktion behält.“

Auch bei der Weiterentwicklung der Georgstraße wird deutlich, dass verkehrsfreie Flächen allein keine lebendige Innenstadt schaffen. Fragen der Erreichbarkeit sowie des Liefer-, Bus- und Kundenverkehrs müssen von Anfang an mitgedacht werden.

Innenstädte leben von Bewegung – wirtschaftlich und sozial. Das Beispiel der Schmiedestraße zeigt, wie schnell Straßen an Lebendigkeit verlieren. Ziel muss daher eine verkehrssichere, verkehrsberuhigte, aber erreichbare Innenstadt sein. „Die CDU in Hannover-Mitte steht für eine ausgewogene Stadtentwicklung – damit Hannovers Innenstadt lebendig bleibt“, fasst Bezirksratsfrau Diana Rieck-Vogt zusammen.



Frank Stephan Laske, CDU-Bezirksratsherr in Hannover-Mitte, an der Ständehausstraße zur Durchfahrt in die Georgstraße: Bei der Weiterentwicklung zeigt sich, dass verkehrsfreie Flächen allein keine lebendige Innenstadt schaffen; deshalb müssen Erreichbarkeit sowie Liefer-, Bus- und Kundenverkehr von Anfang an mitgedacht werden.



Handyverbot an Schulen– Eine Schule in Hannover zeigt, wie es richtig geht.

von Leon Grigorian

Smartphones sind im Alltag allgegenwärtig und im Schulalltag nicht selten Quelle von Ablenkung, Konzentrationsproblemen und sozialen Spannungen, das ist bekannt. In Niedersachsen hat das Kultusministerium unter der grünen Ministerin Julia Willie Hamburg reagiert, aber nicht durch ein staatliches Verbot oder ein neues Gesetz: Stattdessen wurden im November 2025 verbindliche Empfehlungen und ein „Werkzeugkasten“ für Schulen vorgelegt, mit denen jede Schule eigene Regeln zur Handynutzung entwickeln muss. Schulen sind verpflichtet, solche Regelungen zu erarbeiten und mitzuteilen, eine landesweit einheitliche, starre Vorschrift gibt es jedoch nicht.

An unserem Gymnasium, der Herschelschule im Sahlkamp,

wurde dieser Handlungsbedarf bereits früh erkannt. Schon im Jahr 2024 führte die Schule **ein klares, aber durchdachtes Verbot der privaten Handynutzung** ein und nahm damit eine Vorreiterrolle ein.

Nach einer einjährigen Pilotphase, die ein Verbot der privaten Handynutzung für alle Jahrgänge auf dem gesamten Schulgelände sowie einen klaren Maßnahmenkatalog bei Verstößen vorsah, wurde die Regelung mit großer Mehrheit auf der Gesamtkonferenz in die Schulordnung aufgenommen.

Damit entschied sich die Schulgemeinschaft auch für die Abschaffung der „Handyzone“ auf dem Pausenhof, also einem ausgewiesenen Bereich, in dem die Nutzung des Handys erlaubt ist.

Statt Handys pauschal zu verteufeln, werden sie bewusst aus dem Schulalltag herausgenommen. Während der Unterrichtszeit bleiben die Geräte ausgeschaltet im Rucksack. Von digitaler Abstinenz kann dennoch keine Rede sein: In ausgewählten Arbeitsphasen, vor allem in der Mittel- und Oberstufe, ist der Einsatz des Smartphones mit Zustimmung der Lehrkraft beispielsweise zu Recherchezwecken erlaubt, ergänzend zu den im Unterricht häufig genutzten iPads.

Das Ergebnis war insbesondere auf dem Pausenhof bemerkbar: Verbrachten viele Schülerinnen und Schüler die Pausen vor der Regelung alleine mit ihrem Gerät, lässt sich mit der Regelung nun **eine kommunikativere und lebhaftere Atmosphäre** beobachten.

Eine von der Schülerschaft durchgeführte Evaluation der Handyregelung ergab außerdem, dass die Handyregelung von Schülerinnen und Schülern objektiv als für die Schulgemeinschaft förderlich bewertet wurde.

Besonders bemerkenswert ist, dass das Verbot nicht als Zwang, sondern als Ergebnis eines gemeinschaftlichen Diskurses aufgefasst werden kann: Schülerinnen und Schüler sowie Eltern wurden nicht nur aktiv in die Regeln und die Planungsphase einbezogen, sondern stehen auch darüber hinaus in engem Austausch mit der Schulleitung, um das Konzept kontinuierlich zu reflektieren und weiterzuentwickeln.

Das Beispiel unserer Schule zeigt, dass die konsensuale Einschränkung der Handynutzung an Schulen **kein Rückschritt ist, sondern eine Chance** sein kann, als Anstoß für ein Schulklima, in dem Lernen und Miteinander wieder im Vordergrund stehen.



Freepik

Die Gefahr ist zum Greifen nah:

Den zweiten und dritten Fremdsprachen droht in Niedersachsen bei Umsetzung der geplanten Neugestaltung der Einführungsphase (Jahrgang 11) der gymnasialen Oberstufe das Aus.

Sie können mithelfen, um das zu verhindern – Unterstützen Sie uns mit unserer Petition. Mehr dazu erfahren Sie auf unserer Homepage zur Initiative: keinespracheweniger.de



„Wer Sprachen lernt, lernt Menschen und Kulturen kennen, das kann keine KI ersetzen und ist wichtig für unsere Kinder. Eine starke Bildungspolitik sichert Fremdsprachenunterricht, aber wer an Sprachen spart, wie die niedersächsische Kultusministerin es jetzt vorsieht, spart an Zukunft, kulturellem Verständnis und internationaler Handlungsfähigkeit.“

Michaela Menschel,
Mutter zweier erwachsener Söhne,
die zwei Fremdsprachen lernen durften



Unsere Kultusministerin leistet mit der Wegnahme der verpflichtenden 2. Fremdsprache in der Oberstufe den zukünftigen Abiturienten einen Bärendienst. Als Mutter von 4 erwachsenen Kindern habe ich erfahren können, wie wichtig und hilfreich es für sie in ihrer Berufswelt ist, fundierte Kenntnisse einer 2. Fremdsprache zu haben. Die damit verbundene Kenntnis des entsprechenden Kulturkreises war für ihr berufliches Fortkommen immer von großem Vorteil!

Dr. Stefanie Matz

Erstes Smartphone-Café der Senioren-Union: Technik verstehen bei Kaffee und Keksen

von Dr. Eva Möllring, Stellvertretende Vorsitzende Senioren-Union Hannover-Stadt

Das erste Smartphone-Café der Senioren-Union war ein voller Erfolg. In entspannter Atmosphäre bei Kaffee und Keksen lernten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer neue Funktionen ihres Smartphones kennen – und hatten dabei sichtbar Freude am gemeinsamen Ausprobieren.



Warum ein Smartphone-Café?

Eine aktuelle Bitkom-Studie zeigt: 74 Prozent der Menschen über 65 Jahre nutzen inzwischen das Internet. Besonders gefragt sind E-Mails, Suchmaschinen wie Google, Online-Banking, Nachrichtenangebote und vor allem der Austausch über WhatsApp mit Familie, Kindern, Enkeln und Freunden. Gleichzeitig wünschen sich 96 Prozent mehr Unterstützung im Umgang mit digitalen Geräten. Die Vielzahl an Funktionen und Fachbegriffen wirkt oft unübersichtlich.

Hier setzt das Smartphone-Café an. Die Senioren-Union hat einen Ort geschaffen, an dem sich ältere Menschen gegenseitig helfen und voneinander lernen können – unterstützt von zwei engagierten jungen Frauen aus der befreundeten Jungen-Union. Für diese generationenübergreifende Zusammenarbeit gilt ein besonderer Dank.



Viele Fragen – und schnelle Lösungen

Nach einer kurzen Einführung durch Eva Möllring, die eine aktuelle Studie



Mitglieder der Senioren-Union Hannover

Frauenpower in der Politik, mehr als nur eine Überschrift

von Michaela Menschel

Frauen in der Politik sind bei uns zum Glück selbstverständlich. Namen wie Julia Klöckner, Ursula von der Leyen und Angela Merkel stehen für politische Verantwortung und Gestaltungskraft. Ministerinnen und Abgeordnete leisten täglich hervorragende Arbeit – im Bundestag, in den Landtagen und in der Kommunalpolitik.

Und dennoch: Diese starken Persönlichkeiten dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass Frauen in der CDU weiterhin deutlich unterrepräsentiert sind. Obwohl Frauen mehr als die Hälfte der Bevölkerung stellen, spiegelt sich das in den Parlamenten nicht wider.

In der CDU-Bundestagsfraktion sind aktuell nur rund 22,6 Prozent der Abgeordneten Frauen. Im Niedersächsischen Landtag liegt ihr Anteil in der CDU-Fraktion bei etwa 31,9 Prozent. Bundesweit beträgt der Frauenanteil im Parlament insgesamt nur etwa 32 bis 35 Prozent.

Auch in der Kommunalpolitik steigt der Anteil weiblicher Kandidatinnen

und Mandatsträgerinnen zwar, doch es bleibt Luft nach oben. Es fehlt nicht an engagierten und kompetenten Frauen. Vielmehr bremsen gewachsene Strukturen, Wahlverhalten und fehlendes Bewusstsein die Entwicklung.

In der CDU Hannover ist rund ein Drittel der Mitglieder weiblich – das muss sich auch in Mandaten und Führungspositionen widerspiegeln. Dabei tragen Frauen und Männer gleichermaßen Verantwortung. Dauerhaft gleiche Gesichter auf denselben Positionen schaden dem Anspruch einer modernen Großstadtpartei.

Wir müssen gemeinsam die Rahmenbedingungen verbessern und Frauen ermutigen, politische Verantwortung zu übernehmen. Wir haben viele starke Frauen. Drei davon stellen wir in diesem Interview vor. Doch klar ist: Gleichberechtigung darf kein Lippenbekenntnis sein – sie muss politischer Anspruch einer Volkspartei im 21. Jahrhundert sein.

des Bundesfamilienministeriums zur Internetnutzung älterer Menschen vorstellte, ging es direkt in die Praxis. Die Fragen reichten vom Speichern, Löschen und Teilen von Inhalten über die Lautstärkeinstellung bis hin zu hilfreichen Apps. Auch Themen wie ChatGPT oder das Verwalten von Kontakten wurden besprochen.

Oft fanden sich kleine Gruppen zusammen, in denen sich die Teilnehmenden gegenseitig unterstützten. Erfolgserlebnisse ließen nicht lange auf sich warten. „Ach, das kann ich ja doch“, war mehrfach zu hören. Viele technische Hürden erwiesen sich als leichter überwindbar als zunächst gedacht.

Fortsetzung geplant

Mit den neu gewonnenen Kenntnissen entstanden schnell weitere Fragen. Der Wunsch nach einer Fortsetzung war daher groß. Ein zweites Smartphone-

Café ist bereits in Planung und soll in den kommenden Monaten stattfinden. Wer teilnehmen oder als Helferin oder Helfer unterstützen möchte, kann sich beim Vorsitzenden der Senioren-Union Hannover-Stadt, Roland Frank, melden. Engagierte Unterstützerinnen und Unterstützer sind jederzeit willkommen.

Neue Gäste erhalten zudem eine eigens erstellte Liste mit nützlichen Apps, die den Einstieg in die digitale Welt erleichtert.

Kontakt

Roland Frank

Vorsitzender der Senioren-Union Hannover-Stadt

Mobil: 0172-5422350

E-Mail: Roland-Frank@t-online.de



Karoline Czychon

Karoline Czychon

Kandidatin für den Rat der Stadt Hannover
(Stadtbezirk Döhren-Wülfel)

Seit über zwölf Jahren bin ich in der CDU aktiv – eine Entscheidung, die ich schon mit 16 traf. Damals wie heute treibt mich die Überzeugung an, dass Politik nur dann wirksam ist, wenn Menschen bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und dabei kritisch, pragmatisch und feinfühlig sind. **Für mich bedeutet Politik Brücken zu bauen und Lösungen zu suchen**, die das Leben der Gemeinschaft verbessern und dabei die Gesellschaft, in der wir leben, aktiv mitzugestalten.

Hannover ist dabei weit mehr als mein Wahlwohntort – es ist meine Heimat. Aufgewachsen in Waldhausen, bin ich hier fest verwurzelt. Ich kenne die Herausforderungen, aber auch die vielen Chancen, die in unserer Stadt stecken. Deshalb ist meine Kandidatur für den Stadtrat im Bezirk Döhren-Wülfel für mich eine Herzensangelegenheit. Ich möchte mich auf kommunaler Ebene einsetzen, denn hier werden die Entscheidungen unmittelbar spürbar.

In den vergangenen Jahren durfte ich als Landesvorsitzende der Jungen Union und als Kandidatin bei der Europawahl 2024 wertvolle politische Erfahrungen

sammeln. Europa hat mir gezeigt, wie eng lokale und große europäische Themen miteinander verbunden sind – jede Entscheidung auf der großen Bühne hat Auswirkungen bis in unsere Kommunen. Dieses Zusammenspiel von lokaler Verantwortung und europäischer Perspektive prägt meine politische Arbeit.

Hannover braucht Zukunftsräume. Eine Baupolitik, die nachhaltig über Jahrzehnte gedacht wird; Mobilitätsangebote, die ideologiefrei und nutzbar für alle sein müssen; in Bildungsstätten, die sich auf Lehre konzentrieren und Raum für Entfaltung bieten sowie Kulturräume für junge Menschen und ein blühendes, Vereinswesen, das vom Ehrenamt geprägt wird.

Politik gestaltet Heimat - genau dort möchte ich Verantwortung übernehmen. Mit Leidenschaft, Pragmatismus und klaren Ideen für unsere Stadt.



Inken Wellmann

Inken Wellmann

Kandidatin für die Region Hannover
(Hannover Nordwest)

Politisches Engagement beginnt mit der bewussten Entscheidung, Verantwortung zu übernehmen. Als ich bei der letzten Kommunalwahl mit 21 Jahren erstmals in die Regionsversammlung gewählt wurde, war das genau dieser Schritt. Ich wollte nicht am Rand stehen, sondern aktiv daran mitwirken, wie unsere Region gestaltet wird.

In das Mandat bin ich mit großem Respekt vor der Aufgabe hineingewachsen. Dabei habe ich schnell gelernt, dass **Kommunalpolitik vor allem Bodenhaftung braucht**. Entscheidungen müssen tragfähig sein, Prioritäten klar gesetzt werden und Zusagen müssen gelten. Gerade auf regionaler Ebene zeigt sich politische Arbeit im Alltag der Menschen. Ob Busse zuverlässig fahren, Schulen instand gehalten werden oder Verwaltungsentscheidungen zügig getroffen werden, all das prägt das Vertrauen in Politik. Die Region Hannover trägt hierbei eine besondere Verantwortung, insbesondere bei Mobilität, Daseinsvorsorge und Infrastruktur.

Parallel dazu studiere ich Jura. Die tägliche Auseinandersetzung mit Recht, Verantwortung und fairen Verfahren prägt auch meine politische Arbeit. Mir ist wichtig, dass Entscheidungen transparent vorbereitet, nachvollziehbar getroffen und verständlich erklärt werden. Politik muss Vertrauen schaffen und für die Menschen funktionieren.

Als Vorsitzende der Jungen Union Hannover-Stadt erlebe ich, wie groß das Interesse junger Menschen an politischen Fragen ist. Viele wollen mitreden und Verantwortung übernehmen. Diese Perspektiven bringe ich bewusst in meine Arbeit ein, weil gute Politik nur gelingt, wenn sie unterschiedliche Generationen verbindet.

2026 kandidiere ich erneut für die Regionsversammlung, weil ich überzeugt bin, dass unsere Region dann stark ist, wenn Verantwortung übernommen, Entscheidungen erklärt und Zukunft verlässlich gestaltet werden.



Uta Gebhart

Uta Gebhart

Kandidatin für den Bezirksrat in Hannover
(Stadtbezirk Döhren-Wülfel)

Kommunalpolitik ist für mich mehr als ein Ehrenamt – sie ist die Möglichkeit, direkt vor Ort Verantwortung zu übernehmen. Meine beruflichen Erfahrungen haben mir früh gezeigt, wie wichtig Verlässlichkeit, wirtschaftliches Denken und klare Entscheidungen sind. Nach meinem Studium an der Akademie für Wirtschaft und Verwaltung und Stationen in Frankfurt und Köln habe ich viele Jahre im Familienunternehmen im Sauerland gearbeitet. Dort habe ich gelernt, pragmatisch zu handeln und Verantwortung zu tragen – Werte, die meine politische Arbeit bis heute prägen.

Politisch aktiv bin ich seit meiner Jugend in der Jungen Union meiner Heimatstadt Warstein. Vor fünf Jahren bin ich nach Hannover gezogen und habe hier schnell eine neue politische Heimat gefunden. Als Leiterin des Arbeitskreises Stadtentwicklung

beschäftige ich mich intensiv mit der Zukunft unserer Stadt. Im Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern erlebe ich, wie wichtig konkrete Lösungen für den Alltag sind.

Besonders am Herzen liegt mir mein Engagement im Ortsverband Döhren-Wülfel und in der Frauen Union. Die Gespräche im Stadtteil zeigen mir jeden Tag, was die Menschen bewegt. Deshalb kandidiere ich für den Bezirksrat Döhren-Wülfel: Ich möchte zuhören, ansprechbar sein und mich mit voller Überzeugung für unseren Stadtteil einsetzen.



Frauen Union

Frauen gestalten Politik – klar, sichtbar und in allen Themen

von Beate Zirz, Vorsitzende Frauenunion Kreisverband Hannover-Stadt

Die Frauenunion Hannover-Stadt startet mit viel Energie ins Jahr 2026. Unser Anspruch ist eindeutig: Wir bringen die Sicht der Frauen in alle politischen Themen ein. Ob Sicherheit, Mobilität, Gesundheit, Stadtentwicklung oder Kultur – Frauen erleben Bereiche anders, und genau diese Perspektive macht Politik besser.

Gemeinsam mit allen Verbänden der CDU arbeiten wir daran, politische Entscheidungen alltagsnah, praxistauglich und zukunftsorientiert zu gestalten.

Kommunalwahl 2026: Frauen übernehmen Verantwortung

Frauen aus unseren Reihen kandidieren für Bezirksräte, den Stadtrat und die Regionsversammlung. Sie stehen für Kompetenz, Erfahrung und den Mut, Dinge anzupacken. Ihre Stimme ist unverzichtbar für eine Politik, die alle Menschen erreicht.

Politik erleben: Rathausführung mit unserem Bürgermeister Thomas Klapproth

Unsere Rathausführung mit unserem Bürgermeister Thomas Klapproth sollte nicht nur informieren – sie sollte Frauen für Politik begeistern. Der direkte Einblick in aktuelle Themen Hannovers hat gezeigt, wie wichtig es ist, dass Frauen sich einbringen. Viele Teilnehmerinnen gingen mit dem Gefühl nach Hause: „Ich kann etwas bewegen“.

Gendermedizin im März

Mit unserer Veranstaltung zur Gendermedizin setzen wir ein klares Zeichen: Gesundheitspolitik braucht die weibliche Perspektive – in Forschung, Diagnostik und Versorgung.

Was bewegt euch?

Welche Themen sind euch wichtig – teilt es uns mit:

info@fu-hannover-stadt.de

Sicherheit stärken: Frauen- nachtstaxi sichtbarer machen

Ein Schwerpunkt bleibt die Sicherheit von Frauen im öffentlichen Raum. Das Frauennachtstaxi ist ein wichtiges Angebot – wir wollen es sichtbarer machen, besser kommunizieren und weiter ausbauen.



Junge Union

Wer moralisiert statt diskutiert, spaltet:

JU kritisiert Hannovers Empörungskultur

von Sebastian Rüdiger



Nach dem verstörenden Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 wurde auf deutschen Straßen nicht nur getrauert, sondern auch gefeiert. Polizeiliche Pressemitteilungen beschreiben das feierliche Verteilen von Süßwaren auf unseren Straßen. Kundgebungen von Menschen, welche auf das Leid der Opfer sowie unsere deutsche Staatsraison hinweisen, stoßen auf Widerstand – auch in Hannover.

Der derzeitige hannoversche Oberbürgermeister Belit Onay bezog zwar öffentlich Stellung gegen Antisemitismus, doch Worte allein genügen uns nicht. Während israelfeindliche Demonstrationen weiterhin genehmigt

werden, initiierte er im Juli 2025 eine humanitäre Aufnahmeaktion für 20 Kinder aus Gaza und Israel. In einem Umfeld, in dem Terror relativiert und Israels Existenzrecht offen infrage gestellt wird, braucht es Klarheit, Konsequenz und Führung statt symbolischer Gesten.

So zeigen wir als Junge Union Hannover-Stadt uns nicht nur über die politische und gesellschaftliche Duldung der beschriebenen Zustände irritiert, vielmehr beobachten wir gleichermaßen überrascht, wie plötzlich moralische Maßstäbe im Diskurs neu justiert werden. Während bei israelfeindlichen Aufmärschen Zurückhaltung geübt wird, wird bei „Demos

gegen Rechts“ der moralische Ausnahmezustand – sogar unter Anwesenheit von Herrn Onay – ausgerufen. Die Denkschule dieser Veranstaltungen ist dabei eindeutig: Jeder, der diese Bewegung ablehnt, steht unter Generalverdacht, ein „Rechter“ zu sein. Diese Zusammenkünfte sind weniger Ausdruck demokratischer Werte, vielmehr ein Ritual der Abgrenzung. Anstatt stichhaltiger Argumente steht die moralische Erhabenheit im Mittelpunkt.

Der inhaltliche Streit wird durch Ad-hominem-Argumente und moralische Zuschreibungen ersetzt.

Die Junge Union Hannover-Stadt distanziert sich von den stillen Methoden der moralischen Ausgrenzung. Wir stehen für einen faktenbasierten und inhaltlichen Streit, selbst wenn dieser unerwünscht ist. Gleichermaßen möchten wir jeden dazu ermutigen, sich nicht von lauten Minderheiten moralisch delegitimieren zu lassen, sondern selbstbewusst für christlich-konservative Werte einzustehen. Vor dem Hintergrund der anstehenden Kommunalwahlen stellt sich die Frage nach der politischen Haltung Hannovers mehr denn je.



CDA Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft

FASD, die unsichtbare Herausforderung

Von Egbert Biermann, Leiter des AK Soziales des CDU-Kreisverbandes Hannover-Stadt

Es begann mit einer Einladung der Johanniter-Unfall-Hilfe in Hannover. Thema war die Beratungsstelle zur Fetalen Alkoholspektrum Störung, kurz FASD. Bis dahin wusste ich über die Folgen von Alkoholkonsum in der Schwangerschaft wenig mehr als den bekannten Satz, dass Schwangere keinen Alkohol trinken sollen.

Doch hinter dieser einfachen Botschaft verbirgt sich eine oft verdrängte Realität. **FASD ist eine lebenslange Beeinträchtigung, die Kinder und ihre Familien vor enorme Herausforderungen stellt.** Lernen, Impulskontrolle, soziale Integration – all das kann dauerhaft erschwert sein. Und dennoch bleibt die Erkrankung häufig unerkannt.

Die Beratungsstelle der Johanniter in Hannover wurde fünf Jahre lang von Aktion Mensch gefördert. Diese Förderung lief 2025 aus. Eine dauerhafte Lösung steht bislang aus. Dabei zeigt der Blick auf die Zahlen, wie groß der Handlungsbedarf ist. In Hannover leben mehr als 86.000 Kinder und Jugendliche. Fachliche Schätzungen gehen davon aus, dass rund zwei Prozent betroffen sein könnten. Das wären mehr als 1.700 junge Menschen.

Die CDA in Hannover hat das Thema aufgegriffen, ebenso die CDU im Landtag. Mit dem Antrag „Unsichtbare Folgen sichtbar machen: FASD wirksam begegnen und Hilfe ermöglichen“

(Drucksache 19/9261) fordert die CDU-Landtagsfraktion eine landesweite Aufklärung, verbindliche Fortbildungen für Fachkräfte sowie den Ausbau spezialisierter Beratungs- und Unterstützungsangebote.

FASD darf kein Randthema bleiben. **Prävention, frühe Diagnose und verlässliche Hilfe sind Ausdruck politischer Verantwortung.** Der Antrag der CDU-Landtagsfraktion setzt hier einen konkreten Handlungsauftrag an die Landesregierung und ist unter Drucksache 19/9261 öffentlich und auch online nachlesbar: landtag-niedersachsen.de



Links neben dem Roll-Up Eike Holsten, CDU Vorsitzender von Niedersachsen und Mitglied des Landtages und rechts daneben Egbert Biermann, Leiter des AK-Soziales des CDU Kreisverbandes Hannover-Stadt

Endlich

KLARTEXT

Mit unserem Magazin KLARTEXT bringen wir politische Themen auf den Punkt, verständlich, transparent und mit Haltung. Wir stehen für eine klare bürgerliche Perspektive, für Verantwortung, für Zusammenhalt – und für eine starke CDU.

KLARTEXT bedeutet:

Keine Floskeln. Keine Ausreden. Sondern Fakten, Argumente und echte Debatten.

Damit wir weiterhin drucken, veröffentlichen und unsere Inhalte auch digital ausbauen können, brauchen wir Ihre Unterstützung. Unabhängige politische Kommunikation lebt vom Engagement vieler.

Wenn Sie möchten, dass wir auch künftig KLARTEXT reden, dann helfen Sie mit Ihrer Spende.



Jeder Beitrag zählt. Scannen Sie einfach den QR-Code und unterstützen Sie KLARTEXT.

Vielen Dank für Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung!

Michaela Menschel
Chefredaktion, Stellvertretende Kreisverbandsvorsitzende und Vorsitzende der MIT Hannover



Ohne Wirtschaft ist alles nichts

Wirtschaft ist keine Schlagzeile. Wirtschaft ist Alltag.

von Michaela Menschel



Wenn über „die Wirtschaft“ gesprochen wird, klingt das oft abstrakt. Nach Zahlen, Prognosen und großen Schlagworten. Aber Wirtschaft passiert nicht im Konjunktiv, sie passiert morgens um sieben im Betrieb, im Gespräch mit Mitarbeitenden, beim Blick auf volle Auftragsbücher oder leere Bewerbermappen. Sie passiert in Hannover. Jeden Tag.

Als Vorsitzende der Mittelstandsunion Hannover-Stadt erlebe ich viele dieser Gespräche persönlich. Unternehmerinnen und Unternehmer berichten nicht in Theorien, sondern aus Verantwortung heraus. Sie sichern Arbeitsplätze, bilden aus, investieren, und sie tragen das Risiko. Genau diesen Mittelstand wollen wir in unserer Stadt stärken: mit besseren Rahmenbedingungen, weniger Bürokratie und einer Politik, die zuhört, statt belehrt.

Gleichzeitig sehe ich als Chefredakteurin von KLARTEXT, wie wichtig es ist, wirtschaftliche Debatten nicht nur zu kommentieren, sondern die Betroffenen selbst sprechen zu lassen. Nicht übereinander reden, sondern miteinander. Und vor allem: diejenigen zu Wort kommen lassen, die täglich Entscheidungen treffen müssen.

Die folgenden Beiträge tun genau das. Zwei Stimmen aus dem Mittelstand geben Einblick in ihre Realität, zwischen Investitionsdruck, Fachkräftemangel, Arbeitszeitfragen und politischer Unsicherheit. Es geht nicht um Schlagworte, sondern um Erfahrungen. Nicht um Klassenkampf-Rhetorik, sondern um Verantwortung und Praxis.

Wer verstehen will, wie es unserer Wirtschaft wirklich geht, sollte denen zuhören, die sie tragen.

Markus Linnenberg

Zwischen Verantwortung und Unsicherheit: Wie Unternehmer um ihre Betriebe kämpfen

Während politische Debatten oft um Großindustrie und DAX-Konzerne kreisen, entscheidet sich die tatsächliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands vor allem im Mittelstand. Kleine und mittlere Unternehmen sichern einen großen Teil von Beschäftigung und Wertschöpfung – und stehen zugleich unter wachsendem Druck. Unsichere Auftragslagen, Fachkräftemangel, hohe Energiepreise und zunehmende Bürokratie belasten ausgerechnet jene Betriebe, die das Rückgrat der deutschen Wirtschaft bilden.

Gleichzeitig verschärfen politische Wortmeldungen immer wieder den Ton zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und zeichnen ein verkürztes Bild unternehmerischer Realität. Dabei gerät leicht aus dem Blick, welche persönlichen Risiken Unternehmer tragen und wie viel Verantwortung sie täglich für ihre Mitarbeitenden

übernehmen. Hinter stabilen Arbeitsplätzen stehen oft Entscheidungen unter hohem Druck – und nicht selten schlaflose Nächte.

Markus Linnenberg (57), CDU-Mitglied aus Döhren, aktiver Kommunalpolitiker und Geschäftsführer der 2011 gegründeten Thiele & Linnenberg Planungsgesellschaft mbH, einem Architektur- und Ingenieurbüro für Gewerbe- und Industriebauten mit 22 Mitarbeitenden, das vor 15 Jahren gegründet wurde, erlebt diese Spannungen unmittelbar. Im Interview spricht er über Investitionszurückhaltung, politische Rahmenbedingungen und darüber, was sich ändern muss, damit der Mittelstand seine Rolle als Rückgrat der deutschen Wirtschaft auch künftig erfüllen kann.



Wie würden Sie die aktuelle wirtschaftliche Situation Ihres Unternehmens beschreiben – eher Durchhalten oder schon Gegenwind?

Wir sind in unserem Tätigkeitsfeld weniger stark betroffen als der Wohnungsbau, spüren aber eine erhebliche Investitionszurückhaltung. Entscheidungen dauern länger, Projekte werden vorsichtiger und intensiver geprüft. Der Markt ist da, aber die Unsicherheit bremst.

Was bedeutet der Standort Deutschland heute ganz konkret für Ihr Unternehmen: Vorteil, Herausforderung oder beides?

Der Standort Deutschland ist für uns Realität und keine Option. Gleichzeitig

erleben wir, dass Investitionen ins Ausland verlagert werden. Das trifft auch uns indirekt.

Welche politischen Entscheidungen spüren Sie derzeit am stärksten im Betriebsalltag – positiv wie negativ?

Die zunehmende beziehungsweise anhaltende Überregulierung bindet enorme Ressourcen, ohne echten Mehrwert zu schaffen. Wir brauchen dringend Reformen, mehr Vertrauen und eine stärkere Eigenverantwortung der Unternehmen. Positiv nehme ich wahr, dass der besondere Stellenwert des Mittelstands in politischen Reden betont wird. In der praktischen Umsetzung kommt davon im Betriebsalltag allerdings bislang zu wenig an.

Welche politischen Entscheidungen spüren Sie derzeit am stärksten im Betriebsalltag – positiv wie negativ?

Die zunehmende beziehungsweise anhaltende Überregulierung bindet enorme Ressourcen, ohne echten Mehrwert zu schaffen. Wir brauchen dringend Reformen, mehr Vertrauen und eine stärkere Eigenverantwortung der Unternehmen. Positiv nehme ich wahr, dass der besondere Stellenwert des Mittelstands in politischen Reden betont wird. In der praktischen Umsetzung kommt davon im Betriebsalltag allerdings bislang zu wenig an.

Viele mittelständische Betriebe kämpfen mit steigenden Insolvenzen in ihrem Umfeld. Wie nehmen Sie diese Entwicklung wahr?

Schnell wird den Unternehmen Missmanagement und zu wenig Weitsicht vorgeworfen. Wenn aber ganze Branchen, wie aktuell der Bau, betroffen sind, dann stimmen die Rahmenbedingungen offensichtlich nicht.

Fachkräftemangel ist ein Dauerthema: Wo hakt es bei Ihnen konkret – bei Ausbildung, Zuwanderung oder Bürokratie?

Zuwanderung allein wird den Fachkräftemangel nicht lösen. Wir müssen das vorhandene Potenzial in Deutschland besser aktivieren: durch Bildung, Leistungsbereitschaft und verlässliche Strukturen in Schule und Ausbildung.

Fühlen Sie sich von der Politik als Unternehmer inzwischen wieder mehr unterstützt?

Aussagen aus der Politik, die Unternehmer pauschal diffamieren, beschädigen Vertrauen. Gerade die Arbeitsmarktpolitik sollte verbindend wirken und die gemeinsame Verantwortung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern betonen. Hier wünsche ich mir einen deutlich anderen Ton und mehr Wertschätzung für unternehmerisches Engagement.

Was müsste sich kurzfristig ändern, damit Sie wieder mit mehr Zuversicht investieren oder einstellen würden?

Ich würde sofort weiter einstellen, wenn wir passendes Personal finden würden – der Bedarf ist eindeutig da. Entscheidend für den Standort Deutschland ist jedoch, ob es uns gelingt, langfristig Führungskräfte, Unternehmensnachfolger und Verantwortungsbereitschaft zu sichern. Gelingt das nicht, geraten zahlreiche mittelständische Arbeitsplätze in Gefahr.

Gab es in den letzten Jahren einen Moment, in dem Sie ernsthaft gezweifelt haben, wie es weitergeht?

Unternehmerische Verantwortung bedeutet oft, Stärke zu zeigen. Was nach außen häufig unsichtbar bleibt, sind die unzähligen schlaflosen Nächte, die wir als Geschäftsführung

investieren, um für unsere Mitarbeitenden bestmögliche Lösungen zu finden und ihnen Sicherheit zu geben – eine Sicherheit, die sie spüren, ohne den Preis dafür kennen zu müssen. Das ist zuweilen emotional sehr fordernd.

Was war rückblickend die größte unternehmerische Niederlage oder Enttäuschung – und was haben Sie daraus gelernt?

Ich habe bisher kein Erlebnis gehabt, das ich als Niederlage empfunden hätte. Ich sehe alle Ereignisse als Aufgaben, für die wir als Unternehmer eine Lösung finden müssen.

Welche Sorge beschäftigt Sie aktuell mehr: wirtschaftliche Risiken oder politische Unberechenbarkeit?

Wirtschaftlich traue ich dem Standort Deutschland und dem Mittelstand sehr viel zu. Die größere Sorge bereitet mir derzeit die politische Unberechenbarkeit: fehlende Verlässlichkeit, zu wenig Tempo bei Reformen und eine zunehmende Regulierung. Der Mittelstand braucht klare ordnungspolitische Leitplanken, Planungssicherheit und den Mut zu echten Strukturreformen. Dann kann und wird die Wirtschaft ihre Stärke voll entfalten.

Was wünschen Sie sich ganz konkret von der Kommunalpolitik hier in Hannover und wie wollen Sie diese selbst beeinflussen?

Die Entscheidungen für unsere Stadt müssen sich wieder stärker an Fakten und den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientieren und weniger aus ideologischen Gründen getroffen werden. Dazu muss man den Bürgerinnen und Bürgern zuhören und ihre Sorgen verstehen. Das werde ich in meinem Stadtbezirk auf jeden Fall tun.

Wenn Sie der Bundesregierung eine einzige Botschaft mitgeben könnten: Welche wäre das?

Ihr müsst ins Machen kommen. Verlässlich und pragmatisch.

Was braucht der Mittelstand, damit Unternehmertum auch für die nächste Generation wieder attraktiv wird?

Der Mittelstand lebt von hochmotivierten Unternehmerinnen und Unternehmern. Deshalb braucht Unternehmertum auch gesellschaftliche Anerkennung. Verantwortung zu übernehmen darf nicht abschrecken, sondern muss wertgeschätzt werden.

Was gibt Ihnen trotz aller Herausforderungen weiterhin die Motivation, Unternehmer zu sein?

Es gibt mir ein gutes Gefühl, über 20 Mitarbeitenden einen sicheren und attraktiven Arbeitsplatz zu geben und damit zur wirtschaftlichen Sicherheit ihrer Familien beizutragen.

Die Debatte um Arbeitszeiten hat in den vergangenen Wochen neue Fahrt aufgenommen. Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) der CDU hat angeregt, den gesetzlichen Anspruch auf Teilzeit neu zu ordnen und stärker an betriebliche Realitäten zu koppeln. Zwar wurde der zunächst verwendete Begriff „Lifestyle-Teilzeit“ wieder zurückgenommen, doch die grundsätzliche politische Frage bleibt: Wie viel gesetzliche Regulierung verträgt ein Arbeitsmarkt im anhaltenden Fachkräftemangel?

Praxisbericht aus einer mittelständischen Steuerkanzlei

von Jochen Wenzel

In unserer Steuerkanzlei mit 12 Mitarbeitenden, darunter zwei Partner/ Teamleiter und eine Kanzleimanagerin, arbeiten derzeit 5 Personen in individuellen Teilzeitmodellen, 7 in Vollzeit (40 Stunden an 5 Tagen). Die Arbeitszeiten werden flexibel vereinbart und regelmäßig angepasst: etwa 32 Stunden nach dem Mutterschutz, 35 Stunden im dualen Studium oder 38 Stunden verteilt auf vier oder fünf Tage. Homeoffice ist fester Bestandteil unseres Arbeitsalltags. Teilzeitwünsche treten alters- und funktionsübergreifend auf und funktionieren in der Praxis gut. Sie sind ein wichtiger Baustein unserer Mitarbeiterbindung.



Gleichzeitig ist die Personalsituation in der Steuerberatung extrem angespannt. Der Wettbewerb um Fachkräfte erschwert Neueinstellungen erheblich. Die Gehälter sind in den vergangenen fünf Jahren um rund ein Drittel gestiegen, während die Produktivität deutlich langsamer gewachsen ist. Zugleich steigt die Nachfrage nach steuerlichen Leistungen so stark, dass wir Anfragen teilweise mangels Kapazitäten ablehnen müssen.

Wir respektieren Teilzeit ausdrücklich und setzen sie flexibel um. Für stabile Abläufe sind Arbeitszeiten nahe Vollzeit jedoch besser planbar; sehr kurze Modelle unter 30 Stunden lassen sich organisatorisch nur schwer abbilden. Gute Verdienstmöglichkeiten hängen aus unserer Sicht vor allem an Qualifikation, nicht zwingend an klassischer Vollzeit. Politisch wünschen wir uns eine Modernisierung des Arbeitszeitgesetzes und mehr Flexibilität für kleine und mittlere Unternehmen.

Wir plädieren für mehr Vertrauen in die handelnden Akteure und in die Selbstregulierung des Arbeitsmarktes. Einseitige Eingriffe in bestehende Arbeitsverträge widersprechen unserem Verständnis von Vertragstreue, also dem Grundsatz, dass frei geschlossene Vereinbarungen für beide Seiten verbindlich sind, und bergen die Gefahr, die ohnehin angespannte Lage weiter zu verschärfen statt sie zu entspannen.

Damit liefert das Praxisbeispiel eine konkrete Einordnung der aktuellen politischen Diskussion. Es stützt zentrale Anliegen der Mittelstandsunion für mehr betriebliche Flexibilität und größere Vertragsfreiheit. Zugleich zeigt es, dass Teilzeit in vielen Unternehmen längst gelebte Realität ist, allerdings als Ergebnis partnerschaftlicher Aushandlung, nicht als starres Rechtskonstrukt. Für Betriebe im Fachkräftemangel bleibt Planbarkeit ein entscheidender Faktor. Der Erfahrungsbericht aus der Kanzlei macht deutlich, warum ausgewogene Regeln zwischen Arbeitnehmerinteressen und unternehmerischer Handlungsfähigkeit politisch weiter an Bedeutung gewinnen dürften.

Was CDU-Mitglieder an Hannover lieben – *unsere persönlichen Hotspots!*



Der Maschsee ist für mich mehr als ein Ort – er ist Hannover im Wandel: Bühne für Feste, Treffpunkt für Emotionen **und ein Platz, an dem man sich fast alle 11 Minuten neu verliebt.**

Marcel Michalak
CDU Döhren Wüffel



Einer meiner Lieblingsplätze in Hannover ist das Teestübchen in der Altstadt. Letztes Jahr war ich dort zu einem Teeseminar und fand das eine sehr tolle Erfahrung.

Laura Sophie Lange, Beisitzerin des CDU Ortsverbandsvorstands in Hannover-Mitte



Liebingsplätze habe ich viele in Hannover, aber als gebürtige Hannoveranerin gehört das Stadion auf jeden Fall dazu. Das ist einfach Hannover pur: Sport, Begeisterung und ganz viele Menschen, viele davon kennt man und trifft man immer wieder.

Michaela Menschel, Stellvertretende Kreisvorsitzende der CDU Hannover und Vorsitzende der MIT Hannover

Der Altstadtflohmart am Hohen Ufer (startet am 06.03. wieder) ist einer meiner Lieblingsorte in Hannover-Mitte, weil man dort direkt an der Leine ist, beim Schlendern nach Kostbarkeiten stöbern kann und dabei echtes Altstadtflair erlebt. Besonders macht ihn für mich auch, dass dort die Nanas stehen: Diese farbenfrohen Figuren geben dem Flohmarkt eine unverwechselbare Hannover-Kulisse und **machen jeden Besuch irgendwie fröhlicher.**

Diana Rieck-Vogt, CDU-Bezirksratsfrau und Ortsverbandsvorsitzende in Hannover-Mitte



Der Niedersächsische Landtag ist ein Herzstück der Hannoverschen Altstadt und längst zu einem echten Fotospot geworden. Umso mehr freue ich mich, hier arbeiten zu dürfen.

Nadja Iegorova
Junge Union



Das Milchhäuschen in der Eilenriede ist der Platz in Hannover, an dem meine Frau und ich uns immer wieder gerne vom hektischen Alltag zum Klönen und Kaffee- oder Milchtrinken zurückziehen. Ein toller Ort zum Entspannen!

Thomas Klapproth
Ratscherr, Bürgermeister der Stadt Hannover (CDU)

Sie ärgern sich über Politik? Dann machen Sie es besser.

Demokratie lebt vom Mitmachen.
Nicht vom Zuschauen.

Gestalten Sie Ihre Stadt aktiv mit.
Erleben Sie Kommunalpolitik
direkt vor der Haustür.

**Diskutieren. Entscheiden.
Verantwortung übernehmen.**

In der Christlich Demokratischen
Union Deutschlands finden Sie
Gemeinschaft, Engagement und
echte Gestaltungsmöglichkeiten.

Ob **Junge Union, Senioren-Union,
Frauen Union, CDA, LSU, MIT**
oder thematische Arbeitskreise –
bringen Sie Ihre Ideen ein.



Jetzt mitmachen.
QR-Code scannen
und dabei sein.

**Ihr Kontakt
zur CDU**

Impressum

Angaben gemäß § 5 DDG

CDU Hannover Stadt
vertreten durch
Martina Machulla, MdL
Waldersseestraße 21
30177 Hannover

Telefon: 0511 39787-0
Fax: 0511 39787-60
E-Mail: info@cdu-hannover-stadt.de

Verantwortlich für den Inhalt nach § 18 Abs. 2 MStV

Martina Machulla
Michaela Menschel (Leitung Chefredaktion)

Bildnachweise

Bildmaterial gemäß Quellenangabe
Titelfoto: iStock

